

MEDIENMITTEILUNG

Die Fünfte Schweiz erinnert an die Wichtigkeit unabhängiger Informationsangebote und der Personenfreizügigkeit

Luzern, 11. Juli 2024 – Zum Auftakt des hundertsten Auslandschweizer-Kongresses traf sich der Auslandschweizererrat (ASR), das «Parlament der Fünften Schweiz», heute in Luzern. Die 83 versammelten Ratsmitglieder riefen der Schweizer Politik die Bedürfnisse der ausserhalb der Grenzen lebenden Schweizer:innen in Erinnerung: Sie forderten den Bundesrat in einer Resolution auf, im neu auszuhandelnden Abkommen mit der Europäischen Union die Rechte der im EU-/EFTA-Raum lebenden Auslandschweizer:innen zu sichern. Zudem warnten die Delegierten, dass die Initiative «200 Franken sind genug!» das Informationsangebot für die Fünfte Schweiz gefährden würde.

Bereits zum hundertsten Mal trifft sich die Fünfte Schweiz ab heute zum Auslandschweizer-Kongress. Auch dieses Jahr markierte die Sitzung des Auslandschweizererrates (ASR) – das «Parlament der Fünften Schweiz» und höchste Organ der Auslandschweizer-Organisation (ASO) – den Kongressbeginn. Die ASR-Delegierten fanden im Kantonsratssaal des Kantons Luzern zusammen und diskutierten über die Zukunft der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie über die Volksinitiative «200 Franken sind genug!».

Auslandschweizererrat betont Wichtigkeit der Personenfreizügigkeit

Im März dieses Jahres haben die Schweiz und die Europäische Union wieder Verhandlungen über ein Abkommen aufgenommen, das ihre gegenseitigen Beziehungen künftig regeln soll. Es sind aber noch längst nicht alle wichtigen Fragen geklärt. Dies zeigte sich auch an der heutigen ASR-Sitzung in einer Podiumsdiskussion mit François Baur von *économiesuisse*, dem Genfer SP-Ständerat und ASO-Vorstandsmitglied Carlo Sommaruga und Hans-Ulrich Bigler (SVP-Mitglied).

Der Auslandschweizererrat äusserte seine Besorgnis über die anhaltenden Schwierigkeiten. Mit sehr grosser Mehrheit verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, in der sie vom Bundesrat fordern, bei den Verhandlungen über die bilateralen Abkommen III die Interessen der in den EU-/EFTA-Staaten lebenden Auslandschweizer:innen zu berücksichtigen. Diese haben ihre guten Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen nämlich der Personenfreizügigkeit zu verdanken. «Es geht hier um fast eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer», erinnerte ASO-Präsident Filippo Lombardi. «Der Bundesrat muss ihre Rechte sichern.»

[Resolution «Personenfreizügigkeit: Zu den Verhandlungen über die bilateralen Abkommen III zwischen der Schweiz und der EU»](#)

Halbierungsinitiative gefährdet Zugang zu Informationen für Auslandschweizer:innen

Das zweite grosse Thema der Sitzung war die Volksinitiative «200 Franken sind genug!» (Halbierungsinitiative). Larissa Bieler (Direktorin SWI *swissinfo.ch*), Hans-Ulrich Bigler (Co-Präsident Initiativkomitee) und Casper Selg (Allianz Pro Medienvielfalt) debattierten auf dem Podium über die Forderungen der Halbierungsinitiative und die Auswirkungen, die eine Annahme insbesondere für die Fünfte Schweiz hätte. «Eine Annahme der Initiative würde die finanziellen Mittel der SRG massiv verkleinern. Bei einer solchen Kürzung könnte das Auslandmandat, wie es heute besteht, nicht aufrechterhalten werden», hielt Larissa Bieler fest.

Der Auslandschweizererrat warnte vor den Folgen, die ein verschlechtertes Informationsangebot für die Fünfte Schweiz hätte. In ihrem Wohnsitzland haben die Auslandschweizer:innen oftmals nur



begrenzten Zugang zu politischen Informationen über die Schweiz. Sie sind deshalb auf qualitativ hochwertige und vielfältige Informationsangebote wie diejenigen des SRG angewiesen, um ihre politischen Rechte in Kenntnis der Sachlage ausüben zu können. Mit sehr grosser Mehrheit verabschiedeten die anwesenden Ratsmitglieder deshalb eine Resolution, in der sie die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

[Resolution «Aufrechterhaltung vielfältiger, unabhängiger und qualitativ hochwertiger Informationen für die Fünfte Schweiz»](#)